



# Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Cornelia Behm

Ausgabe 9 – November 2007

KOLUMNE

**Liebe Leserin,  
Lieber Leser**

vor einigen Tagen kam ich mit einer Nachbarin ins Gespräch. Wie törricht sie es finde, dass 17 Jahre nach der deutschen Vereinigung noch immer von neuen und alten (ich sage dann immer ‚gebrauchten‘) Bundesländern die Rede ist, erzählte sie mir. Auch wie schwierig es sei, mit ihrer winzigen Rente auszukommen. Und doch, sagte sie, fühle sie sich ihren Freunden aus dem Westen nicht unterlegen. Geld sei schließlich nicht alles. Viel wichtiger ist, meinte sie, dass man sich jetzt einmischen könne. Und verglichen mit den meisten Menschen in Afrika hätten wir ja hier den puren Überfluss. Deshalb wolle sie sich da engagieren und einem Verein beitreten, der mit afrikanischen Partnern schon mehrere Aufbauprojekte umgesetzt hat. Wofür sie von manchen ihrer Freunde, die es sich viel eher leisten könnten, mit Unverständnis betrachtet würde.

Mich hat dieses Gespräch sehr ermutigt. Zeigt es doch, dass Demokratie und die Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements Werte sind, die geschätzt werden. Auch wenn wir wirtschaftlich noch längst nicht aufgeschlossen haben, so sind wir doch in punkto Recht und Freiheit gleichgestellt. Wir können uns einmischen und wenn wir stark sind, sind wir auch erfolgreich. Und wir haben starke Initiativen in Brandenburg, wie z. B. das Aktionsbündnis gegen den Havelausbau und die BI Freie Heide. Aktuell gibt es Volksinitiativen gegen Schülerbeförderungskosten und für den Stopp der Braunkohleförderung. Jede und jeder kann sich engagieren mit und ohne Geld. Mitmachen lohnt sich.

Ihre

Cornelia Behm

Ländliche Räume

## Regionalparks – Chancen bisher kaum genutzt



Unterwegs im Regionalpark  
„Barnimer Feldmark“.

**Wissen Sie, was ein Regionalpark ist? Der Begriff ist in der Bevölkerung und auch in vielen Kommunalverwaltungen Brandenburgs und Berlins überhaupt nicht bekannt. Dabei müssten die beiden Länder ein Interesse daran haben, sie stärker im Bewusstsein der Menschen zu verankern.**

Die acht Regionalparks in Berlin und Brandenburg wurden 1998 von der Gemeinsamen Landesplanung der Länder als Instrumente zur Raumentwicklung für den engeren Verflechtungsraum ins Leben gerufen. Wie Blütenblätter erstrecken sie sich zwischen den Siedlungsachsen von den Stadträndern Berlins nach Brandenburg hinein. Die Ziele der Regionalparks sind der Erhalt der Lebensgrundlagen für die ansässige Bevölkerung, die Stärkung der regionalen Identität, die Förderung der Heimatpflege, die Unterstützung ört-

licher Brauchtümer und regionaler Wirtschaftsweisen, die Förderung der Denkmalpflege sowie in besonderem Maße der Schutz und die Entwicklung von Natur und Landschaft im engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburgs.

Vom 23. bis 27. Juli machte ich eine Tour durch die Regionalparks, um mir ein Bild vom aktuellen Entwicklungsstand zu machen. Ich besuchte die Regionalparks Müggel-Spree, Potsdamer Havelseen, Döberitzer Heide, Barnimer Feldmark und Teltow Park. Dabei hatte ich Gele-

genheit mit zahlreichen Akteuren vor Ort ins Gespräch zu kommen.

In den meisten Regionen sind kleine aber beispielhafte Projekte auf den Weg gebracht worden wie der kleine Spreewaldpark in Schöneiche bei Berlin, das Regiomobil in der Barnimer Feldmark oder das Technikdenkmal Rieselfelder in Großbeeren, wo allerdings noch viel zu tun ist. Trotz viel lobenswerten ehrenamtlichen Engagements vor Ort, war die Bilanz doch überwiegend enttäuschend. Denn nach anfänglicher Euphorie fristen die Parks heute bedauerlicherweise ein Schattendasein, weil es an finanziellen →

**Perspektive für  
die Zukunft fehlt**

# Regionalparks – Chancen bisher kaum genutzt

*Brandenburg und Berlin müssten ein Interesse daran haben, die Bedeutung Regionalparke stärker im Bewusstsein der Menschen zu verankern.*

(Fortsetzung von Seite 1)

→ und strukturellen Voraussetzungen mangelt, um maßgeblich auf die Entwicklung der Regionen Einfluss zu nehmen bzw. Akteure der Region unter dem Dach des Regionalparks zusammenzubringen. Die Regionalparks bekommen weder eine Grundfinanzierung des Landes, noch haben sie die Möglichkeit Fördermittel in Anspruch zu nehmen.

Die Situation in den einzelnen Parks stellt sich sehr unterschiedlich dar. Der Erfolg vor Ort hängt davon

ab, ob es Fördervereine mit eigener Finanzkraft gibt und ob die Kommunen Mittel für die Umsetzung von Projekten zur Verfügung stellen. Zwei Regionalparks verfügen bis heute nicht über eigene Strukturen. Die Ehrenamtler klagen über mangelnde Unterstützung und Ermutigung.

Der politische Beirat des Dachverbandes der Regionalparks ist nach Einschätzung vor Ort bisher kaum wirksam geworden. Darüber hinaus erscheint es oft schwer den einzelnen

Kommunen nahezubringen, dass Landschaftsschutz eine wichtige Aufgabe ist, der sie sich stellen müssen. Gemeinsam mit Akteuren des Regionalparks Teltow Park wurde deshalb die „Großbeerener Erklärung“ mit Forderungen an die Landesregierungen verabschiedet und an die zuständigen Minister und Senatorinnen in Brandenburg und Berlin sowie an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Regionalparks versandt.

Im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner im Berliner Umland

brauchen die Regionalparks dringend mehr Unterstützung. Dafür will ich mich einsetzen!



Regionalparks

IN BRANDENBURG UND BERLIN

Logo der Regionalparke

## Landschaftswasserhaushalt

# Gewässerunterhaltung bleibt teuer

*Der lang erwartete Entwurf für ein neues Landeswassergesetz enttäuscht auf ganzer Linie: Bei den Beiträgen zur Gewässerunterhaltung will Umweltminister Woidke jetzt doch alles beim Alten lassen. Die Subventionierung des Braunkohletagebaus durch Verzicht auf das Grundwassernutzungsentgelt will er fortsetzen. Das darf so nicht Gesetz werden!*

Bereits die Vorstellung der Novelle sprach Bände: Woidke und Staatskanzleichef Appel rühmten Fortschritte beim Bürokratieabbau, verzichteten aber auf Aussagen, welche wasserwirtschaftlichen Ziele sie mit der Novelle denn erreichen wollen. Die spielten offensichtlich keine Rolle. Dabei wäre es so dringend, dass das Land den seit Jahren sinkenden Grundwasserständen offensiv begegnet.

Besonders gravierend ist der Verzicht auf die Erhebung des Grundwassernutzungsentgelts für den Braunkohlebergbau. Das sind jährlich 20 Mio. Euro für 200 Mio. Kubikmeter Grundwasser. Dieses Geld könnte das Land für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und zur Sanierung des Landschaftswasserhaushaltes gut gebrauchen. Stattdessen subventionieren SPD und CDU

lieber weiter die Braunkohlewirtschaft. Das Märchen von der subventionierten Braunkohle werden sie dennoch weiter erzählen.

Die lange zugesagte Lösung für die umstrittenen Beiträge zu den Wasser- und Bodenverbänden fällt aus. Selbst auf die in Vorentwürfen ent-

haltene Differenzierung der Beiträge nach bebautem und unbebautem Land will Woidke verzichten. Waldbesitzer und Besitzer von Naturschutzflächen, die keinen Vorteil von der Unterhaltung der Entwässerungsgräben haben, sollen also weiter genauso viel zahlen wie Grundstückseigentümer, denen die Wasserableitung nützt. Es ist überfällig, dass das Land die Beiträge nach der Nutzung der Flächen differenziert.

Enttäuschend sind auch die Regelungen zum Hochwasserschutz. Das Land soll Überschwemmungsgebiete nach dem Ist-Stand ausweisen. Eine Pflicht zur Schaffung ausreichender Überschwemmungsgebiete ist nicht vorgesehen. Zwar wird der Umweltminister zur Ausweisung zusätzlicher Überschwemmungsgebiete ermächtigt. Angesichts des fehlenden politischen Willens, den Flüssen in Brandenburg mehr Raum zu geben, werden die betroffenen Brandenburger an Elbe und Oder darauf aber wohl auch weiterhin vergeblich warten.

Wie um seine verfehlt Hochwas-

Ein Entwässerungsgraben in freier Feldflur

serschutzpolitik zu krönen, will Woidke das Pflanzen von Sträuchern und Bäumen in Überschwemmungsgebieten verbieten. Die Renaturierung von Auwäldern wird so untersagt – also ausgerechnet die Wiederherstellung des natürlichen Zustandes der Gewässeraue. Dies wirft ein Schlag-

licht auf das völlig verkehrte Verständnis der Landesregierung von Hochwasserschutz. Nach wie vor orientiert sie sich an einem möglichst schnellen Abfluss des Wassers. Da sind Bäume nach Meinung des Ministers ein Hindernis. Dieser Entwurf darf so nicht Gesetz werden!

Beiträge bleiben unverändert

Grundwasser für Vattenfall

Kein neuer Raum für Flüsse



# Sorbisch/wendische Kultur erhalten

Gemeinsam mit den Ländern Brandenburg und Sachsen unterstützt der Bund die Entwicklung der sorbisch/wendischen Kultur über die „Stiftung für das sorbische Volk“. Durch Haushaltskürzungen droht vielen Projekten das Aus.

Mit ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 macht die Große Koalition in Berlin deutlich, dass sie ihr Engagement für den Erhalt der sorbischen/wendischen Kultur in der Lausitz deutlich reduzieren möchte. Nach ersten Kürzungen um eine halbe Million Euro in den vergangenen beiden Jahren, will sie im Jahr 2008 die Fördermittel für die Stiftung für das sorbische Volk um weitere 600.000 Euro auf 7 Mio. Euro absenken. Darüber hinaus hat sie zusätzlich 2 Mio. Euro mit einem Sperrvermerk belegt.

Wir Bündnisgrünen lehnen diese Mittelkürzungen entschieden ab. Der Bund darf sich bei der Unterstützung sorbischer/wendischer Kultur, insbesondere der Sprachför-

derung, nicht aus der Verantwortung stellen. Denn er steht in der im Grundgesetz festgeschriebenen Pflicht, nationale Minderheiten zu schützen. Dazu zählt ganz besonders die Bewahrung ihrer kulturellen Identität.

Allerdings gilt Gleiches für das Land Brandenburg, das seine finanzielle Unterstützung ebenfalls um 600.000 Euro verringern möchte. Diese Kürzungen scheinen in Anbetracht der Brandenburger Politik für die Lausitz allerdings folgerichtig. Wer den Sorben/Wenden den Boden unter den Dörfern buchstäblich wegbaggern lässt, kann sich dann auch weitere Ausgaben sparen.

Die Bundesregierung begründet ihre Pläne mit dem Bundesrech-

nungshofbericht vom Frühjahr dieses Jahres, in dem deutliche Kritik sowohl an der Mittelvergabe durch den Bund, als auch am Mitteleinsatz durch die Stiftung geübt wird.

Da der Bundesrechnungshof jedoch keine Mittelverschwendungen kritisiert, sondern strukturelle Reformen bei der Mittelvergabe anmahnt, zieht der Bund die falschen Konsequenzen. Anstatt das dringend benötigte Geld zu streichen, sollte er darauf hinwirken, dass der Stiftungsrat die Kritik der Rechnungsprüfer im Detail ernst nimmt. Dabei geht es vor allem darum, dass die Stiftungsarbeit der Sprachförderung endlich oberste Priorität einräumen muss. Denn nur durch eine gelebte Sprache bleibt auch die sorbisch/wendische Kultur in der Zukunft lebendig.

## Sprache stärker fördern

## Energiepolitik

# Volksinitiative gestartet

Die Erschließung neuer Braunkohletagebaue wird in Brandenburg von vielen Menschen abgelehnt: So erheben neben Umweltorganisationen auch die Evangelische Kirche und der Landesbauernbund ihre Stimme dagegen. Eine Volksinitiative soll den Protest nun bündeln. Sie wird von den Bündnisgrünen mitinitiiert.

Die Initiative hat ein klares Ziel: Auf dem Weg der Volksgesetzgebung soll die Abbaggerung neuer Tagebaue unterbunden werden. Nur dadurch wird die nachhaltige Entwicklung der Kulturlandschaft in der Lausitz möglich. Nur dadurch wird ein wichtiger Schritt zu einem besseren Klimaschutz getan. Dieses Engagement ist dringend notwendig, denn erst kürzlich hat die Landesregierung die Abbaggerung weiterer sieben Braunkohlefelder in Aussicht gestellt. Davon betroffen wären 33 Orte mit etwa 7 800 Einwohnern.

Werden durch die Volksinitiative die Arbeitsplätze in der Kohleindustrie gefährdet? Nein, sicher nicht. Bis die bereits genehmigten Tagebaue ausgebeutet sind, bleibt genügend Zeit für eine Umstrukturierung der regionalen Wirtschaft und eine Neuausrichtung der Energiepolitik.

Es müssen keine Arbeitsplätze verloren gehen, wenn endlich intensiv an Konzepten zur Schaffung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten und zur Entwicklung einer zukunfts-

fähigen Energieversorgung gearbeitet wird. Auch dieser Appell ist Teil unserer Kampagne.

Der offizielle Startschuss der Volksinitiative „Keine neuen Braunkohletagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ erfolgte in diesem Monat. An ihr beteiligen sich neben Bündnis 90/Die Grünen auch der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), die GRÜNE LIGA, die Brandenburger Linke, Lacoma e.V. und der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche. Zudem hat die Wendische Volkspartei ihre Beteiligung zugesagt. Unser Ziel ist es, die Volksinitiative auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Sie



## Dem Bagger die Stirn bieten: Zukunft ohne neue Tagebaue!

ist deshalb offen für alle demokratisch gesinnten Akteure, die dieselben Ziele verfolgen.

Ich rufe die Leser der Cornelia-Behm-Nachrichten dazu auf, die Initiative zu unterstützen. Zum Beispiel durch eine Unterschrift oder durch persönliches Engagement als Unterschriftensammler oder -sammlerin. Auch eine Spende hilft, den Protest professionell zu gestalten.

Weitere Informationen: [www.keine-neuen-tagebaue.de](http://www.keine-neuen-tagebaue.de)

## Geordneter Widerstand

## Austausch mit Afrika



Namibia kennen die meisten Deutschen nur aus Reisekatalogen oder aus dem Geschichtsbuch. Deutsch-Namibianische Wirtschaftsbeziehungen sind immer noch zu selten. Cornelia Behm und der namibianische Botschafter Prof. Dr. Peter Katjavivi (4.v.li.) luden deshalb am 24. September nach Teltow ein um mit interessierten Unternehmern über wirtschaftliche Zusammenarbeit zu sprechen.

## In Grimmen ...

... nahm Cornelia Behm am 25. September an einer Diskussion mit dem Titel „Von der LPG zur Agrar-GmbH. Un(ge)rechte Flächenvergabe im Osten“ teil. Eingeladen hatten der bündnisgrüne Kreisverband Rügen und der „Verband der Landwirte im Nebenberuf“. Das äußerst schwierige Thema zog fast 50 Gäste in seinen Bann.

## Bioenergie

Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist ein wichtiger Faktor zur Entwicklung des ländlichen Raums. Voraussetzung ist eine nachhaltige Bioenergiestrategie, die auf Fruchtfolgen setzt, bei denen Nahrungs- und Energiepflanzen gleichermaßen wachsen. Darüber sprach Cornelia Behm am 27. September in Luckau. Eingeladen hatte der KV Dahme-Spreewald.

## Mexikoreise

Eine Parlamentarierreise führte Cornelia Behm Anfang Oktober nach Mexiko. Während des einwöchigen Programms wurde vorwiegend über die Situation der Menschenrechte und über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland gesprochen. Den Tag der Deutschen Einheit begingen die Abgeordneten beim Deutschen Botschafter.

**Kleine Terminauswahl von Cornelia Behm in Brandenburg. Einen vollständigen und aktuellen Überblick finden Sie unter [www.cornelia-behm.de](http://www.cornelia-behm.de)**

### 10. November

Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen  
in Cottbus

### 16./17. November

Konferenz „Klimawandel und Landwirtschaft“ der Bundestagsfraktion  
in Berlin

### 21. November

Fachgespräch zum Bundesjagdgesetz  
in Berge bei Nauen

### 23. November

Buchlesung für Schüler zum bundesweiten Vorlesefest  
in Kleinmachnow

### 30. November

Konferenz zum Thema Wasser der Bündnisgrünen aus Berlin und Brandenburg  
in Berlin

## Bahnprivatisierung stoppen

Die Privatisierung der Bahn nach den Plänen der Bundesregierung muss dringend gestoppt werden. Sie geht eindeutig zu Lasten der Bevölkerung und des ländlichen Raums. Der SPD-Vorschlag der Volksaktie ist höchstens ein Schmiermittel, um diese Kröte gleitfähig zu machen, denn er ist ebenfalls nicht tragfähig. Viele Zugverbindungen in der Fläche sind bei den jetzigen Plänen massiv gefährdet. Darüber hinaus droht die Verteuerung des Nahverkehrs. Das Netz muss in öffentlicher Hand bleiben, denn nur so sind Nahverkehrsangebote verschiedener Wettbewerber zu vernünftigen Preisen möglich.

## Förderung ländlicher Räume

Die Agrarminister lehnen die Umverteilung der EU-Beihilfen ab. Zu Recht plant die EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel, Ökolandbau und bäuerliche Landwirtschaft besser zu unterstützen. Mehr Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Klimaschutz gibt es vor allem in diesen Bereichen. Allerdings bringt es nichts, zur Gegenfinanzierung pauschal die großen Landwirtschaftsbetriebe zur Kasse zu bitten, wie die EU-Kommission es plant. Das Entscheidungskriterium muss vielmehr die durch die Subventionsempfänger erbrachte gesellschaftlichen Leistungen sein. Die deutsche Agrar-Lobby um Minister Seehofer lehnt das Modell jedoch kategorisch ab und macht damit eine Politik, die nicht zeitgemäß ist.

## Kommunalwahlen

# Nach der Wahl ist vor der Wahl

**Im nächsten Jahr finden in Brandenburg Kommunalwahlen statt. Mehr als sonst heißt es nun, den Menschen bündnisgrüne Politik nahe zu bringen. Packen wir es gemeinsam an!**

Im Herbst 2008 werden die Kreis- tagsabgeordneten, Stadtverordneten und Gemeindevertreter sowie die meisten Bürgermeister neu gewählt. Und wir Bündnisgrüne wollen mit vielen guten Kandidaten dabei sein. Diese Kandidaten müssen gewonnen, für den Wahlkampf fit gemacht und durch einsatzbereite Wahlkampf- helfer unterstützt werden.

Jeder Wahlkampf bedarf einer gründlichen Vorbereitung. Es lohnt sich, dafür mal die vergangenen Wahlen Revue passieren zu lassen. Wer Erfolge und Niederlagen analysiert, wird von Wahl zu Wahl erfolgreicher. Auch Beispiele aus anderen Kommunen können hilfreiche Anregungen geben.

Die beste Vorbereitung nützt aber nichts, wenn niemand im Ort mitkriegt, was für tolle Ideen die Grünen haben. Also heißt es, öffentliche Auftritte zu organisieren. Natürlich nicht erst kurz vor der Wahl, sondern

am besten immer dann, wenn ein kommunalpolitisches Thema gerade aktuell ist und Bedarf an Information und Auseinandersetzung besteht.

Das sind alles Binsenweisheiten – ich weiß. Aber ich weiß auch, wie ein Wahlkampf die Kraft der Basis- und Kreisverbände aufzehrt. Deshalb mein Angebot: Ich komme, wenn Ihr

wollt mit Laptop und Beamer, bringe zu den von Euch gewünschten Themen Informationen, Thesen und ein paar Bilder mit, um die Diskussion zu beleben. Meine Mitarbeiter sind darauf vorbereitet, mit Euch Termine zu verabreden und Euch wo es möglich ist mit fachlicher Zuarbeit zu unterstützen.



**Gemeinsam für die Grüne Zukunft Brandenburgs.**

## Impressum

Cornelia Behm Nachrichten

### Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)  
Wahlkreisbüro,  
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam  
Tel.: 0331.887 10 56  
Fax: 0331.887 10 55  
Internet: [www.cornelia-behm.de](http://www.cornelia-behm.de)  
[cornelia.behm@wk.bundestag.de](mailto:cornelia.behm@wk.bundestag.de)

### Fotos & Grafiken:

– Seite 1: MOZ/ Elke Probst –  
– Seite 2: complan GmbH (Logo)  
& [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de) (Fotograf: aka) –  
– Seite 3: Gérard Petit. Aus Michael Gromm: Horno. Verkohlte Insel des Widerstands.  
& Olaf Goldschmidt (Rückblick) –  
– Seite 4: Büro Cornelia Behm –

### Layout/Satz:

WortSchlag.net  
Postfach 880135  
D – 13107 Berlin  
Mail: [service@wortschlag.net](mailto:service@wortschlag.net)  
[www.wortschlag.net](http://www.wortschlag.net)

### Druck:

Druckerei E. Stein  
Hegelallee 53  
D – 14467 Potsdam